

# Die Grundrechte sind ein Konfliktpunkt

Am 15. Mai stimmt die Schweiz ab über den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Othmar von Matt

## 1 Was ist Frontex?

Frontex wurde 2004 gegründet. Es ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Sie unterstützt die 26 Schengen-Staaten operativ bei der Kontrolle der Schengen-Aussengrenze. Es geht um unkontrollierte Migration und um die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität. Frontex hat eine koordinierende und unterstützende Funktion. Sie führt keine Aktionen durch ohne Einverständnis des Einsatzstaates. Zuständig bleibt immer der Staat an der Aussengrenze.

## 2 Weshalb wird Frontex ausgebaut?

Der Ausbau hängt mit der Migrationskrise 2015 zusammen. Es zeigte sich, dass die Aussengrenzen Lücken aufweisen. Die Grenzübertreter konnten nicht umfassend kontrolliert werden. Das ist aber wichtig, weil im Schengen-Raum keine systematischen Personenkontrollen durchgeführt werden. Deshalb soll Frontex bis 2027 schrittweise mehr Geld, Ausrüstung und Personal erhalten. Frontex werden 10 000 Personen als Reserve zur Verfügung gestellt. Es geht dabei um 3000 Einsatzkräfte, die direkt bei Frontex angestellt sind und um 7000 Expertinnen und Experten aus den 26 Schengen-Staaten.

## 3 Welche Rolle spielt die Schweiz?

Die Schweiz beteiligt sich seit 2011 an Frontex. Sie unterstützt die Grenzagentur anteilmässig, wie es im Schengen-Abkommen vereinbart wurde. 2021 zahlte



Die EU-Grenzschutzagentur Frontex soll eine ständige Reserve von 10 000 Personen erhalten. Bild: Aris Messinis/AFP (Kos, 27. November 2021)

die Schweiz 21 Millionen Franken an die Agentur und steuerte auch zur Asyl-Insel in Europa – wer abgelehnt wurde, würde es in der Schweiz nochmals versuchen und das Asylsystem unnötig belasten.

## 4 Weshalb stimmen wir ab?

Ein Komitee um das Migrant Solidarity Network mit rund 90 Organisationen brachte das Referendum mit 62 000 Unter-

schriften zu Stande. SP und Grüne schlossen sich nach anfänglichem Zögern ebenfalls an. Frontex gilt für Linke als Feindbild für die «Festung Europa». Menschenrechtsverletzungen und illegales Zurückschieben von Migrantinnen und Migranten (Pushbacks) sind das Hauptargument gegen den Frontex-Ausbau. Im Abstimmungsbüchlein schreibt das Komitee: «Die Vorwürfe gegen Frontex wiegen schwer: Intransparenz, Weg-

schauen und Beteiligung bei Menschenrechtsverletzungen.»

## 5 Verletzt Frontex Grundrechte?

Es gibt mehrere Untersuchungen dazu. Am substanziellsten ist der Bericht der EU-Antiterrorbehörde Olaf. Sie ermittelte ein Jahr lang gegen Frontex. Ihr Bericht ist geheim. Laut «Spiegel» werden drei Frontex-Führungskräfte beschuldigt, gegen EU-Gesetze verstossen zu

haben. Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments verweigert Frontex deshalb die Entlastung und fordert die Veröffentlichung des Olaf-Berichts. Mit dem Ausbau von Frontex sollen auch die Grundrechte gestärkt werden. Der Grundrechtsbeauftragte, den es seit 2011 gibt, erhält 40 Grundrechtsbeobachterinnen und Grundrechtsbeobachter. Sie werden die Einsätze vor Ort beaufsichtigen.

## 6 Wer ist für den Frontex-Ausbau?

Bundesrat wie Parlament sprechen sich für den Frontex-Ausbau aus. Auch FDP, Mitte, GLP, SVP und Economiesuisse sagen Ja. Die Schweiz solle bei der Überwachung der Schengen-Aussengrenzen ihren Teil der Verantwortung tragen und die Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern nicht aufs Spiel setzen, betont das überparteiliche Ja-Komitee.

## 7 Welche Folgen hätte ein Nein?

Sagt die Schweiz Nein, ende die Zusammenarbeit mit den Schengen/Dublin-Staaten automatisch, sagen die Befürworter. Die Schweiz müsse der EU ein Nein notifizieren, hielt Justizministerin Karin Keller-Sutter fest. Damit würde eine Frist von 90 Tagen zu laufen beginnen. In dieser Zeit braucht es einen einstimmigen Beschluss aller EU-Staaten, damit die Schweiz nicht automatisch aus Schengen/Dublin ausgeschlossen wird. Das sei illusorisch angesichts der Schwierigkeiten der Schweiz mit der EU, glauben Befürworter. Ein Rauswurf aus Schengen/Dublin hätte aber «schwerwiegende Folgen» für Sicherheit, Asylwesen, Grenzverkehr, Tourismus und Wirtschaft. Die SP hingegen spricht von Propaganda und betont, es habe immer Verzögerungen gegeben – ohne Folgen. Eine innenpolitisch veränderte Vorlage könne zudem schon in der Sommersession durch das Parlament. Als Entgegenkommen fordert sie eine Erhöhung des UNHCR-Resettlement-Kontingents von 1600 auf 4000 Personen pro zwei Jahre.

## Soll sich die Schweiz am Frontex-Ausbau beteiligen?

Der FDP-Ständerat Andrea Caroni unterstützt das Anliegen, SP-Nationalrätin Claudia Friedl hält dagegen.

### Pro: «Ja zur Sicherheit und Reisefreiheit»

Das Schengener Abkommen bietet der Schweiz handfeste Vorteile für unsere Sicherheit, unsere Reisefreiheit und unser Asylsystem. Leider wird dieses wertvolle Abkommen durch ein Referendum bedroht.

Am 15. Mai stimmen wir über unseren Beitrag an Frontex ab, der Grenzschutzagentur des Schengen-Abkommens. Tragen wir diesen Grenzschutz nicht solidarisch mit, wird ein automatisches Kündigungsverfahren eingeleitet. Dass ausge-rechnet Teile der Linken diese Abstimmung forderten, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Just die Kräfte, die sonst den EU-Beitritt fordern, gefährden eines unserer allerwichtigsten Abkommen mit Europa. Dass sie neu fordern, man solle nach einem Nein an der Urne gleich versuchen, das Abkommen doch zu retten, betont noch den Widerspruch.

Schengen ist enorm wichtig für unsere Sicherheit. Unsere Polizei hat Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS). Ohne Zugriff auf diese Verbrechen-datenbank würde unser Land zur Verbrecherinsel. Auch unsere Reisefreiheit verdanken wir Schengen. Ohne dieses Abkommen würde die Schweiz als Insel in Europa zur Schengen-Aussengrenze. Das wäre das Ende der Reisefreiheit, wie wir sie kennen. Grenzkontrollen und Visa wären wieder an der Tagesordnung. Das wäre nicht nur für uns mühsam, auch die Tourismusindustrie würde leiden. Touristen mit Schengen-Visum könnten überall hinreisen – ausser in die Schweiz.

Ebenfalls würde mit dem Schengen- auch das Dublin-Abkommen gekündet. Ohne Dublin könnten abgewiesene Asylsuchende in Europa einzig

in der Schweiz einen zweiten Asylantrag stellen. Wir würden auch zur Asyl-Insel in Europa – wer abgelehnt wurde, würde es in der Schweiz nochmals versuchen und das Asylsystem unnötig belasten.

Gerade in Zeiten, wo die Schweiz grosse Solidarität mit den ukrainischen Kriegsflüchtlingen beweist, zeigt sich auch der Wert einer soliden und solidarisch geschützten Aussengrenze und Polizeizusammenarbeit. Sagen wir daher am 15. Mai Ja zu Frontex und damit Ja zu unserer Sicherheit und Reisefreiheit.



Andrea Caroni  
Ständerat (FDP/AR)

### Contra: «Nein zu Frontex – es braucht legale Fluchtwege»

Die Schweiz ist Mitglied beim Schengen-Sicherheitsverbund. Damit ist sie auch an Frontex beteiligt, der Organisation, welche für die Bewachung der Aussengrenze zuständig ist. Die EU hat beschlossen, Frontex bis 2027 massiv auszubauen. Die Schweiz würde sich mit mehr Personal und zusätzlichen 50 Millionen Franken an dieser Aufstockung beteiligen. So weit, so gut.

Nur ist bekannt, dass Frontex sowie nationale Polizeien an Menschenrechtsverletzungen an den Aussengrenzen beteiligt sind. Es geht um «Push-Backs», bei denen Menschen, die nach Europa flüchten, an der Einreise in den Schengenraum gehindert oder gewaltsam zurückgeschickt werden, ohne dass sie ein Asylgesuch stellen konnten. Auch das EU-Parlament ist auf diese unmenschlichen Zustände

aufmerksam geworden und hat eine Aufklärung verlangt.

Das Problem ist, dass es keine legalen Fluchtwege mehr gibt. Mit der Abschaffung des Botschaftsasyls hat die Schweiz die letzte Möglichkeit gekappt. Die SP hat in der Beratung der Frontex-Vorlage Vorschläge gemacht, diese unmenschliche Situation zu entschärfen und für die Schwächsten eine gefahrenfreie Flucht zu ermöglichen. Dazu kann das bestehende Resettlement-Kontingent, das zusammen mit dem UNO-Flüchtlingshilfswerk anerkannte Flüchtlinge auf Staaten verteilt, von heute 1600 auf 4000 Flüchtlinge pro zwei Jahre erhöht werden.

Dass ein Nein zur Vorlage die Mitgliedschaft bei Schengen oder Dublin gefährden würde, wie der Bundesrat nun droht, ist reine Angstmacherei. Schon

sieben Mal hat die Schweiz Änderungen dieser Abkommen verzögert umgesetzt, jeweils ohne Konsequenzen. Die EU kennt unsere Prozedere und keiner der Schengenstaaten ist daran interessiert, dass mitten in Europa ein Sicherheitsloch entsteht.

Mit einem Nein zur Frontex-Vorlage kann rasch eine neue Vorlage ausgearbeitet werden, die neben den Verpflichtungen gegenüber den Schengen-Staaten legale Fluchtrouten erlaubt und damit minimale flankierende humanitäre Massnahmen enthält.



Claudia Friedl  
Nationalrätin (SP/SG)